

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telex: 8 85 846 ppbn d
Telefax: 21 05 64

Inhalt

Dr. Wilhelm Bruns zur bevorstehenden 4. Runde der VKSE in Wien: Konventionelle Abrüstung und europäische Sicherheit nach sozialdemokratischer Vorgabe.
Seite 1

Dieter Schanz MdB zur Entwicklung in Kambodscha: Anlaß zu größter Beunruhigung.
Seite 4

Dagmar Luuk MdB zur Krise in Griechenland: Der Populismus triumphiert.
Seite 5

44. Jahrgang / 214

7. November 1989

Vor der 4. Runde der VKSE in Wien

Konventionelle Abrüstung und europäische Sicherheit nach sozialdemokratischer Vorgabe

Von Dr. Wilhelm Bruns
Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung

1.
Mit der VKSE verbinden sich große Hoffnungen und Erwartungen - in Ost und West. VKSE steht für „Verhandlungen über konventionelle Stabilität in Europa“. Vor der am 9. November beginnenden 4. Runde dieser Verhandlungen soll hier kurz eine Zwischenbilanz gezogen und ein Ausblick gewagt werden.

Der scheidende amerikanische Delegationsleiter in Wien soll gesagt haben, daß VKSE nach nur drei Monaten den MBFR-Verhandlungen nach 15 Jahren um Lichtjahre voraus sei. Was der amerikanische Delegationsleiter meinte, war und ist der erstaunlich hohe Grad an Übereinstimmung zwischen den 16 NATO-Staaten und den sieben Staaten der Warschauer Vertrags-Organisation.

Diese 23 Verhandlungsstaaten haben sich in kurzer Zeit auf folgende zentrale Punkte verständigt:

- Einbeziehung von sechs Waffenkategorien, das heißt Verhandlungsgegenstand sind Kampfpanzer, Schützenpanzer und Artillerie, wie Flugzeuge, Hubschrauber und Mannschaftszahlen, die nach Verwirklichung eines ersten Abkommens vom Atlantik bis zum Ural verbleiben dürfen.
- Asymmetrische Absenkung der Streitkräfte auf zehn bis 15 Prozent unter das Niveau der gegenwärtig unterlegenen Seite.
- Prinzip der regionalen Aufteilung.
- Phasen-Ansatz und schließlich
- Begrenzungen für stationierte Streitkräfte und Suffizienzregel.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Recycling-Lösung
mit 100% recyceltem Rohmaterial
Recycling-Papier



Wenn berücksichtigt wird, daß die Ausgangspunkte von NATO und Warschauer Pakt gegensätzlich waren, so haben wir bei den VKSE-Verhandlungen eine erstaunliche Erfolgsstrecke zurückgelegt. Dies liegt an der Kompromißfähigkeit und -willigkeit der beteiligten Staaten. Dies liegt sicher auch daran, daß der Gedanke der gemeinsamen Sicherheit unausgesprochen den Verhandlungen zugrunde liegt wie ein anderer leitender Gesichtspunkt: Der der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit von Streitkräften. Auch wenn diese Begrifflichkeit nicht verwandt wird, so verhandeln die 23 nach Konzepten, die Sozialdemokraten ausgearbeitet haben!

II.

Das schwierigste Problem scheint in Wien die Flugzeugfrage zu sein. Das vom Warschauer Pakt am 28.9.1989 eingebrachte Positionspapier macht zwar Konzessionen, schafft jedoch mit der darin geforderten Sonderbehandlung beziehungsweise Herausnahme von vier verschiedenen Flugzeugkategorien neue Verhandlungsbarrieren. Das ohnehin existierende Grundsatzproblem der Unterscheidbarkeit von offensiven und defensiven Flugzeugen wird damit in eine Reihe vielschichtiger, auf den Fall schwer lösbarer Teilprobleme verwandelt. Der selektive Ansatz des Warschauer Pakts in dieser Frage bleibt ein Verhandlungsproblem.

Das zweite schwierige Problem ist die Personalreduzierung. Die 16 NATO-Staten haben lediglich die Reduzierung sowjetischen und amerikanischen Personals vorgeschlagen (auf 275.000 Mann jeweils). Dem steht der Vorschlag des Warschauer Pakts gegenüber, der europaweite Personalgrenzen (1.350.000 sowie für Stationierungstreitkräfte von je 300.000 Mann) vorsieht. Hier muß sich der Westen bewegen, denn der westliche Vorschlag, der lediglich sowjetische und US-Stationierungstreitkräfte berücksichtigt und Reduzierungen der US-Streitkräfte von 30.000 Mann vorsieht, wird wohl kaum durchzuhalten sein!

Bei der regionalen Differenzierung besteht der Hauptunterschied darin, daß sich das westliche Konzept auf eine Hauptbedrohung konzentriert und daher auf eine Ost-West-Richtung orientiert ist. Die beteiligten Warschauer Pakt-Staaten nehmen hingegen eine Gesamtaufteilung Europas in Nord-Süd-Richtung vor. Jedoch gibt es hier eine Reihe von Annäherungen. In der sogenannten Depotfrage wird man auch noch Verständigungen erwarten müssen.

III.

Ergänzt werden die Verhandlungen durch sogenannte stabilisierende Maßnahmen, das heißt durch Vorschläge für den Informationsaustausch, der sich auf die Struktur der Streitkräfte sowie auf den Umfang von vertragserfaßtem Gerät bezieht. Das Ziel ist ein zuverlässiges und zweckmäßiges Regime der Vertrauensbildung. So etwa durch die Notifizierung der Einberufung von mehr als 40.000 Reservisten. Oder der Vorschlag, der die Pflicht zur Notifizierung von Bewegungen und Konzentrationen vorsieht. Wichtig ist auch der Vorschlag, der eine Begrenzung und Überwachung von Depotlagerungen von Brückbaugerät vorsieht.

Zum vorgeschlagenen Verifikationssystem gehört neben dem kurz skizzierten Informationsaustausch eine stichprobenartige Eingangsdateninspektion, die Überwachung der Zerstörung beziehungsweise Unbrauchbarmachung von Gerät, die Überprüfung von Obergrenzen sowohl bei den aktiven Verbänden als auch in den Depots. Wichtig wären auch Inspektionen am Boden und aus der Luft von deklarierten und nichtdeklarierten Standorten (sogenannte Verdachtsinspektionen), wobei die Quoten noch festzulegen sind. Eine gemeinsame Konsultativgruppe zur Behandlung offener oder strittiger Verifikationsprobleme wird eingesetzt.

Bei der Verifikation sollte es um drei Erfordernisse gehen: Das Verifikationsregime soll zuverlässig, einfach und möglichst kostengünstig sein.

IV.

Die beteiligten NATO- und Warschauer Pakt-Staaten bereiten sich darauf vor, daß in der vierten Runde über Vertragsentwürfe für ein erstes VKSE-Abkommen verhandelt wird. Dabei gibt es auch das Problem einer Regelung des Verhältnisses zwischen kollektiven und einzelstaatlichen Verpflichtungen.

V.

Aus dem großen Potential der Übereinstimmung und weiterer Annäherung ergibt sich: Wenn die 23 Staaten in Wien wollen, könnte ein erster Vertrag über konventionelle Abrüstung im Frühjahr 1990 der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Ein erstes VKSE-Abkommen wird die Sicherheitslandschaft Europas verändern. Es wird zwar noch nicht die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit erreicht sein, aber ein Schritt dorthin.

VI.

Schon jetzt müssen die beteiligten Staaten sich über ein VKSE-II-Abkommen Gedanken machen. Dabei muß eine prinzipielle Entscheidung getroffen werden: Soll es um qualitative Veränderungen der Streitkräftestrukturen gehen oder „nur“ um weitere symmetrische.

VII.

Abrüstungsschritte, von dem in VKSE I erzielten Paritätsplafond? An der Beantwortung dieser grundsätzlichen Frage sollten sich auch die beiden deutschen Staaten beteiligen. Bundesrepublik und DDR profitieren am meisten von einer vereinbarten substantiellen Ab- und Umrüstung. Von beiden deutschen Staaten können daher auch konstruktive Initiativen erwartet werden - gemeinsam oder abgestimmt.

Damit gibt es das Thema der nächsten deutsch-deutschen sicherheitspolitischen Konsultation.

(-/7.11.1989/vo-he/rs)

Anlaß zu größter Beunruhigung

Zur Entwicklung in Kambodscha

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Bundestages

In der vergangenen Woche häuften sich die Meldungen über Unruhen und militärische Auseinandersetzungen in Kambodscha. Hier sind insbesondere die Vorgänge um die Stadt Pailin angesprochen, wo der sogenannte kambodschanische Widerstand unter anderem auch gegen vermeintlich im Land verbliebene Vietnamesen vorgegangen sei.

All diese Ereignisse geben Anlaß zu größter Beunruhigung. Nach dem Scheitern der Pariser Kambodscha-Konferenz scheint sich das Land nunmehr am Rande eines Bürgerkrieges zu bewegen. Ursache ist das Nichtzustandekommen einer einvernehmlichen Lösung über die Zukunft Kambodschas, so daß in dem nun mehr oder minder vorherrschenden politischen Vakuum die „alten“ Kontrahenten um die Verteilung der Macht streiten.

Über die politische Hintertür wird erneut versucht, die unter anderem von China favorisierte Lösung, nämlich eine Beteiligung der Roten Khmer an der politischen Macht, durchzusetzen. Ein Indiz dafür sind auch die jüngsten Stellungnahmen des thailändischen Ministerpräsidenten General Chatichai Chunchawan nach seinem China-Aufenthalt, der eine Beteiligung aller vier Gruppierungen - also auch der Khmer Rouge - unter Leitung des Prinzen Sihanouk vorschlägt. Diese Position ist nicht neu, aber sie läßt dennoch Befürchtungen bezüglich zu erwartender Unruhen entstehen, wenn man bedenkt, daß sich Prinz Sihanouk beziehungsweise die National Sihanoukist Army (ANS) nicht eindeutig von den Roten Khmer distanzieren.

Hinsichtlich des Verwirrspiels der vergangenen Pressemitteilungen stellt sich die Frage, ob damit möglicherweise die bisher vorbildliche Haltung Vietnams diskreditiert werden soll.

Mein Appell richtet sich erneut an den Konfliktpartien zu einer veränderten Haltung in ihrer Kambodscha-Politik zu gelangen; mein Appell richtet sich insbesondere an die USA, die im Interesse einer friedlichen Lösung der politischen Machtverteilung in Kambodscha auf eine Unterstützung der Einheiten des Prinzen Sihanouk und Son Sanns verzichten sollten.

(-/7.11.1989/vo-he/rs)

* * *

Der Populismus triumphiert

Zur Krise in Griechenland

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende der Deutsch-Griechischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Der Wähler hat entschieden - die politische Krise aber bleibt erhalten. Griechenland, so muß befürchtet werden, ist fürs erste unregierbar geworden, eine parlamentarische Mehrheit ist nach den Wahlen vom Sonntag nicht in Sicht. 15 Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur steht die griechische Demokratie wieder einmal vor einer Bewährungsprobe, und zur Stunde weiß niemand, wie diese Probe bestanden werden kann. In Athen nämlich hat erneut der Populismus triumphiert, und dieser Populismus kann sich zu einer veritablen Staatskrise auswachsen.

Der Wähler in Hellas hat, wie schon im Juni, ein klares Votum gescheut: Die Konservativen unter Konstantin Mitsotakis haben zwar einen Stimmenzuwachs verbucht, die absolute Mehrheit aber wurde erneut verfehlt. Zum einen, weil sich die Attraktivität von Mitsotakis beim griechischen Wähler nach wie vor in Grenzen hält, vor allem aber, weil jener Populismus, den PASOK-Chef Andreas Papandreou zur Maxime seiner Politik gemacht hat, noch immer beim Wähler seine Wirkung hat, trotz aller Skandale, die Papandreou dem Land und seiner Sozialistischen Bewegung beschert hat.

Der Jubel der konservativen Parteigänger am Wahlabend war verfrüht: statt der erhofften 161 Mandate blieben der „Neuen Demokratie“ nach der Stimmauszählung nur 148 der insgesamt 300 Parlamentssitze, zu wenig also, um allein regieren zu können. Zudem verbuchte der bisherige kommunistische Koalitionspartner erwartungsgemäß erhebliche Stimmenverluste; eine Fortsetzung der „historischen Bündnisse“, das Kommunisten und Konservative im Sommer eingegangen waren, scheint unter diesen Umständen ausgeschlossen. Zudem: die Stimmenverluste der Kommunisten dürften in erster Linie den Sozialisten zugute gekommen sein. Sie gewannen drei Mandate hinzu, doch auch die jetzt 120 Sitze der PASOK und die 31 der Kommunisten ergeben keine regierungsfähige Mehrheit.

Griechenland, wirtschaftlich angeschlagen, unter einer horrenden Schuldenlast ächzend, überreich gesegnet mit einer aufgeblähten Verwaltung, einem entsprechend ineffektiven Staatsapparat und Affären aus der Ära Papandreou, geht schweren Zeiten entgegen. Daß die nun anstehenden Koalitionsverhandlungen dem Land eine stabile Regierungsmehrheit bescheren könnten, scheint so gut wie ausgeschlossen.

Die Koalitionsmodelle nämlich sind begrenzt. Zum einen hat das Bündnis von Konservativen und Kommunisten in den drei Monaten seines Bestehens seine Aufgabe erfüllt: die Katharsis, die politische Selbstreinigung, ist in die Wege geleitet. Papandreou und eine Reihe ehemaliger Minister der PASOK haben sich demnächst vor einem Sondergericht zu verantworten. Dort gilt es, Affäre und Korruptionsskandale aus der Spätphase der PASOK-Regierung aufzuklären. Den Kommunisten aber wurde das „historische Bündnis“ vom Wähler schlecht honoriert. Wer denkt da schon an eine Fortsetzung dieses Bündnisses.

Und eine Koalition der Linken, von der Papandreou träumt? Die politische Moral würde geradezu auf den Kopf gestellt, denn Papandreous Sinnen und Trachten wird von dem Gedanken beherrscht, einem Strafprozeß zu entgehen. Die Kommunisten aber werden wohl kaum ihre Hand dazu gereicht haben, Papandreou den Prozeß zu machen, um dann eine Aufklärung der Skandale zu verhindern.

Blieben Minderheitsregierungen, eine der Konservativen oder eine der Linken ohne Papandreou. Der aber fühlt sich als Wahlsieger; und hat es die PASOK nicht vermocht, einen angeschlagenen Papandreou abzuhalftern, so mag dies nach dem Wahlsonntag noch komplizierter geworden sein. Die Einsichtsfähigkeit Papandreous aber, die einen Rücktritt auch jetzt nahelegen würde, ist begrenzt.

Andreas Papandreou, ein alter, kranker Mann, dessen politischen Verdienste in der Vergangenheit liegen und längst verdrängt sind von Affären, die mit seiner Person verbunden sind, ist auch als Oppositionspolitiker noch immer bestimmende Figur in Griechenland. Er mag gar darauf spekulieren, die Sperrminorität der PASOK zu nutzen, um die im nächsten Frühjahr in Griechenland anstehende Präsidentenwahl zu torpedieren, ein Vorgang, der Neuwahlen unabdingbar machte. Indessen: für die politische Kultur wäre es fatal, ließe sich die PASOK auf diesen Weg ein.

Der Kampf des alten Mannes Papandreou mag eher Beiwerk eines Dramas sein, das in der Klassik angezeigt gewesen wäre. In die politische Landschaft unserer Tage aber gehört die Selbstreinigung der PASOK, paßt ihre Entwicklung von einer Bewegung hin zu einer modernen Partei sozialdemokratischen Zuschnitts. Die Sozialisten Spaniens haben diese Entwicklung vollzogen, und der Erfolg gibt ihnen recht.

(-/7.11.1989/vo-he/rs)

* * *